

Riesfaer und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger) Tageblatt

Verantwortlich
Tageblatt Riesa,
Bernau Nr. 20,
Postfach Nr. 22.

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton:
Dresden 1530,
Strolas:
Riesa Nr. 22.

Nr. 162.

Mittwoch, 15. Juli 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag, abends 7,6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Rest des Eintrags von Produktionsvermehrungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 40 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kufflag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeiträge "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verlegerungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Banger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Ferdinand Leichgräber, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Innere finanzielle Selbsthilfe.

Besprechungen im Reichskabinett wegen einer neuen Notverordnung. Die Börsen bleiben bis 18. Juli geschlossen.

Selbsthilfe durch neue Notverordnung?

Unmittelbar nach der Rückkehr des Reichsbankpräsidenten Dr. Luthers aus Basel haben die maßgebenden Regierungskreise am Dienstag sehr bedeutende Verhandlungen darüber geführt, wie man nach der im Augenblick scheinbar kaum erhältlichen Auslandshilfe durch eigene innere Maßnahmen der großen Finanzschwierigkeiten Deutschlands Herr werden könne. Vor allem geht es jetzt auch darum, die Gelder für die nächsten Lohnzahlungen am Freitag sicherzustellen. Der Geldbedarf des Reiches wird auf etwa 1 1/2 Milliarden Mk. geschätzt. Diese Summe könnte durch positive und negative Maßnahmen im Innern einigermaßen ausgeglichen werden. In den Besprechungen der Sachverständigen aus der Privatwirtschaft mit den Referenten der Regierung hat man beide Möglichkeiten erörtert. Man könnte, ohne damit die Gefahr einer Inflation heraufzubeschwören, den Notenumlauf etwas steigern, wobei man nur von der Bestimmung des Reichsbankgesetzes Gebrauch machen müßte, daß die Golddeckung von 40 Prozent herabgesetzt werden könnte. Dieser Weg ist jedoch der aussichtsreichere, weil der andere, eine scharfe Kreditrestriktion, die ohnehin knappen Barmittel noch weiter vermindern müßte. Dann aber bestünde Gefahr, daß die Lohn- und Gehaltszahlungen ins Stocken kommen. In den letzten Abendstunden des Dienstag waren die Besprechungen der maßgebenden Reichsstellen noch nicht abgeschlossen. Vermutlich wird da eine Notverordnung über die Selbsthilfemaßnahmen herauskommen.

In politischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß der geringe Erfolg, den Reichsbankpräsident Dr. Luther von seinen letzten Auslandsreisen mitgebracht hat, eine Kritik ausgelöst habe, die sich in dem Wunsch geäußert hätte, einen Wechsel in der Leitung der Reichsbank zu erwägen.

Rein äußerlich herrscht auch am Dienstag in der Reichshauptstadt Ruhe. Allerdings kam es in der Nacht zum Dienstag zu einem der letzten schon nicht mehr außerordentlichen blutigen Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten im Stadtteil Neukölln. Ein Polizeiwachmeister gab in der Notwehr Schüsse ab, durch die ein Kommunist getötet wurde. Diese Zusammenstöße kann man aber nicht als Ausfluß der neu entstandenen Finanzkrise bezeichnen. Auf diesem Gebiete gibt es mehr „Zusammenstöße“ juristischer Natur. Es ist nämlich die interessante Streitfrage entstanden, ob Schuldner zahlen müssen, trotzdem durch Notverordnung der Reichsregierung die Banken geschlossen sind. Die Juristen glauben, daß hier von Fall zu Fall zu entscheiden sei, wie sich auch der Kammergerichtspräsident geäußert hat, durch allgemeine Anordnung eine Aussetzung von Pfändungen an den Bankfeiertagen zu verfügen. Die Bargeldknappheit soll sich weiter im Reiseverkehr sehr fühlbar machen. Nachrichten aus dem Auslande behaupten, daß ausländische Banken Schwierigkeiten bei der Entgegennahme von Reichsmark gegen den Umtausch in Auslandswährung machen. In der Reisezeit verdient dieser Hinweis besondere Beachtung.

Der Gefahr, daß es am 15. Juli in Berlin zu Unruhen käme, weil für diesen Tag ein „Reichs-Erwerbslosen-Tag“ mit Protesten gegen die Brüning-Regierung vorgesehen war, hat der Berliner Polizeipräsident durch ein Verbot dieser Kundgebungen vorgebeugt.

Die Beratungen des Kabinetts.

Luthers Bericht.

11 Berlin, 15. Juli. Das Reichskabinett, das gestern nachmittags zu einer Sitzung zusammentrat, nahm zunächst den Bericht des Reichsbankpräsidenten über seine Baseler Verhandlungen entgegen. Reichsbankpräsident Dr. Luther begab sich nach der Kabinettsitzung in eine Sitzung des Reichsbankdirektoriums, um dort ebenfalls über seine Verhandlungen in Basel zu berichten.

Abbau der Bankfeiertage

Berlin, 15. Juli.

Das Reichskabinett trat Dienstagabend nach 10 Uhr zu einer kurzen Sitzung zusammen, in der im wesentlichen die Richtlinien der im Laufe des Mittwochnachmittags zu fassenden Beschlüsse beraten wurden, durch die die gegenwärtigen Bankfeiertage wieder abgebaut und normale Verhältnisse wiederhergestellt werden sollen.

Reichsminister Dr. Brüning beim Reichspräsidenten.

Berlin. (Funkpruch.) Der Herr Reichspräsident empfing heute vormittags den Herrn Reichsminister Dr. Brüning zum Vortrag.

Fühlungsnahme mit Schacht.

11 Berlin. Dem Börsenkurier zufolge ist auf dringende Vorstellungen von industrieller Seite Fühlungsnahme mit dem früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht genommen worden, um ihn bei der Ausführung der sich ergebenden vielfältigen und schwierigen Aufgaben heranzuziehen, nicht zuletzt, weil gerade im Ausland seine Autorität auf Währungs- und finanzpolitischem Gebiet gewirkt werde.

Zweite Verordnung zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten über Bankfeiertage vom 13. Juli 1931.

11 Berlin, 14. Juli. Die Reichsregierung hat folgende weitere Durchführungsverordnung zu der Verordnung des Reichspräsidenten über Bankfeiertage vom 13. Juli 1931 erlassen:

Artikel 1.

Die auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. Juli 1931 festgesetzten Bankfeiertage gelten als staatlich anerkannte allgemeine Feiertage im Sinne der Reichsverfassung und des Ehegesetzes.

Artikel 2.

Sind in gerichtlichen, verwaltungsgerichtlichen und verwaltungsbehördlichen Verfahren für die Zahlung von Gebührenansätzen oder Vorkasse oder für den Nachweis einer solchen Zahlung Fristen vorgegeben, an deren Ablauf sich Rechtsnachteile knüpfen, und fällt der letzte Tag der Frist auf einen Bankfeiertag, so endet die Frist nicht vor Ablauf einer Woche nach dem letzten Bankfeiertage.

Artikel 3.

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 14. Juli 1931 in Kraft.

Der Reichsminister
gez. Dr. Brüning.

(Es folgen die Unterschriften der übrigen Minister.)

Die Beschlüsse der heutigen Börsenvorstandssitzung.

Berlin. (Funkpruch.) Ueber die heutige Sitzung des Börsenvorstandes wird folgende Bekanntmachung herausgegeben. Die Börsenräume bleiben am 16., 17. und 18. Juli 1931 für den Wertpapier-, Devisen- und Metallverkehr geschlossen.

Reichsbahn zahlt Gehälter und Löhne.

Berlin. (Funkpruch.) Wie die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft mitteilt, hat die Reichsbahn die fälligen Gehälter für die Angestellten und die Löhne für die Arbeiter aus den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gezahlt. Die Bahn hat ferner die Garantie der Einlagen bei den Reichsbahnsparkassen übernommen.

Amerikas Einverständnis

New York, 15. Juli.

Die Federal Reserve-Bank von New York gibt bekannt, daß sie sich zusammen mit den anderen Federal Reserve-Banken bereit erklärt hat, ihre Beteiligung an dem der Reichsbank gewährten Kredit von hundert Millionen Dollar zu erneuern unter dem Vorbehalt, daß die anderen Banken, die sich an diesem Kredit beteiligen, ebenfalls einer Erneuerung zustimmen.

Die Hilfsmöglichkeiten der B33.

11 Basel. Angesichts des Umstandes, daß das gestern veröffentlichte zweite Communiqué über die Verwaltungsratsitzung der B33, die finanzielle Hilfeleistung für Deutschland den verschiedenen Regierungen als Aufgabe zuweist und daß diese Hilfe in erster Linie von den Regierungen und nicht von der B33, kommen soll, ist da und dort eine pessimistische Beurteilung der Stellungnahme der B33 zu bemerken. Demgegenüber weist man in Kreisen der B33, darauf hin, daß die B33, im Rahmen ihres Tätigkeitsgebietes und ihrer Machtmittel die Beschlüsse ge-

faßt hat, die sie fassen konnte. Es wäre der B33 nicht möglich gewesen, die für eine große Hilfeleistung in Frage kommende Summe von 500 bis 600 Millionen Schweizer Franken in der knappen zur Verfügung stehenden Zeit aufzubringen, nachdem die B33 bereits ihre Beteiligung am Kredit von 100 Millionen Dollar zugesichert und zur Verlängerung dieses Kredits, der am 16. Juli rückzahlbar gewesen wäre, ihre Zustimmung erteilt hatte. Es liegt schon deswegen keine Veranlassung zu Pessimismus vor, als gerade die Besprechungen innerhalb des Verwaltungsrates klar die Gefahren zeigen, welche für die Gesamtlage Europas und die gesamte Finanzwelt und Wirtschaft entstehen könnten, wenn eine rasche Hilfe für Deutschland ausbleiben würde. Der Verwaltungsrat hat sich ausdrücklich bereit erklärt, bei jeder Hilfe für Deutschland mitzuwirken und sie mit den den Zentralbanken zur Verfügung stehenden Mitteln zu verstärken. Dieser Zusage kommt daher nicht nur moralische, sondern auch große materielle Bedeutung zu, vielleicht durch eine Stützung der Mark im Auslande. Die nächste Sitzung des Verwaltungsrates findet am 3. August statt, falls nicht unvorhergesehene Ereignisse eine Verschiebung dieses Datums notwendig machen.

Newsport-Times über die internationalen Kreditverhandlungen.

Newport. (Funkpruch.) Times interpretiert eine Bemerkung des Gouverneurs der Bank von England, man solle nicht alles glauben, was man höre, dahin, daß hinter den Kulissen Dinge vorgingen, über die Welt noch nicht informiert sei. Dies könne sicher als eine klare Andeutung aufgefaßt werden, daß die Lage Deutschlands nicht so verzweifelt sei, wie sie geschildert werde.

Beforgnisse der amerikanischen Finanzkreise.

11 London. Der Washingtoner Korrespondent der Times meldet: Die Finanzkreise sind nervös und zögern mit Rücksicht auf das Risiko, das mit der Gewährung umfangreicher Kredite an Deutschland verbunden wäre. Obwohl es sich in erster Linie um ein Bankproblem handelt, wird die Haltung der Bundesreservebank und der anderen Banken in sehr erheblichem, vielleicht in entscheidendem Maße bezüglich der politischen Haltung der französischen Regierung und der französischen Finanz bestimmt. In diesem amtlichen und nichtamtlichen Finanzkreisen herrscht die entschiedene Beforgnis, daß, wenn die Franzosen abseits stehen oder auch nur „finanzielle Neutralität“ wahren, das unvermeidliche Risiko einer Kreditgewährung an Deutschland sehr ernst vergrößert werden würde. Denn es entsteht dann die Gefahr plötzlicher finanzieller Angriffe von Paris auf Berlin, London und andere finanzielle Mittelpunkte, die in der Zurückziehung kurzfristiger Kredite sich zeigen und den Zweck haben würden, einen politischen Druck auszuüben. Die amerikanischen Finanzleute und auch das amerikanische Staatsdepartement sind über die Hartnäckigkeit, mit der diese Politik während der letzten Wochen durchgeführt worden ist, sehr erregt. Die Erinnerung an den Angriff auf die Kredit-Ankord und an den finanziellen Druck, der darauf auf Österreich ausgeübt wurde, um es zum Verzicht auf die Zollunion zu zwingen — ein Druck, von dem Österreich nur durch das Eingreifen der Bank von England gerettet wurde — ist hier noch sehr lebendig. Man macht sich klar, daß Frankreich, wenn es ein politisches Motto dafür hat, nicht nur sehr viel tun kann, um die Aussichten eines Kredits von Deutschland zu vernichten, sondern auch sehr ernsten Druck auf London und vielleicht sogar auf New York ausüben kann, wo der Betrag der französischen kurzfristigen Kredite schätzungsweise auf 250-300 Millionen Dollar sich beläuft. Aus diesem Grunde sprachen am Montag einige hochgestellte Regierungsbeamte sehr nachdrücklich die ernste Hoffnung aus, daß Frankreich und Deutschland Schritte tun werden, um baldig eine politische Annäherung herzustellen. Man ist hier der Meinung, daß ein Bankkredit Deutschland wohl über die gegenwärtige Krise hinweghelfen könne, daß aber keine dauernde Sicherheit erreicht werden könne, bevor eine deutsche Annäherung erfolgt sei.

Die heute fällige Monatsrate der Youngplan mit Frankreich nicht erwartet.

11 New York. Die Associated Press aus Washington meldet, teilt Postmaster Edge in einem Telegramm aus Paris an das Staatsdepartement mit, Frankreich habe die B33 benachrichtigt, daß es die für morgen fällige Monatsrate der Reparationsannuität nicht erwarte. Unterstaatssekretär Castle erklärte, die deutsche Krise hätte sich zweifellos viel ernster gestaltet, wenn Deutschland nicht auf Grund des Hooverplanes der heutigen 3. Y-lungen entbunden worden wäre.